

Presseschau Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe

Woche 5 / 27. Januar - 2. Februar 2017

Thematische Schwerpunkte

Alter und soziale Gerontologie, Behinderung, Migration, Arbeit und Arbeitsumfeld,
Armut und Existenzsicherung, Gemeinwesenarbeit

«Altersarmut ist weiblich»

«Ich rate jeder Frau, nie ganz auszusteigen»1

«Säkularisierung und Menschenrechte müssen von Muslimen akzeptiert werden»

Elham Manea verlangt von muslimischen Migranten Assimilation, also Angleichung4

Die Stadt gratis erleben

Junge Asylsuchende arbeiteten mit den Aarauern Schülern zusammen6

Verloren in der Freiheit

Flüchtlinge aus Eritrea sehen sich in der Schweiz mit neuen Problemen konfrontiert7

Die zweite Flucht

Fast 9000 Asylbewerber sind 2016 untergetaucht, ohne den Asylentscheid des Staatssekretariats
für Migration abzuwarten12

Begeistert vom Schweizer Schulsystem

Baeazi Alsaleh hat in Syrien als Lehrerin gearbeitet. In der Schweiz ist sie Praktikantin14

Jungen Erwachsenen geht es besser

Erstmals ist die Sozialhilfequote bei 18- bis 25-Jährigen tiefer als jene der gesamten Bevölkerung 16

«Wie eine klaffende Wunde»

Der Stadtzürcher Sozialvorsteher Raphael Golta über skrupellose Vermieter und
Problemliegenschaften18

«Altersarmut ist weiblich»

«Ich rate jeder Frau, nie ganz auszusteigen»

Wer nach einer Mutterschaft nicht oder nur wenig arbeitet, hat im Alter ein Problem. Viele leben mit ihrer Rente in Armut, weil sie nicht rechtzeitig vorgesorgt haben. Andrea Gisler, Anwältin und Feministin, rät Frauen darum von Kleinstpensen ab.



Andrea Gisler ist Präsidentin der Frauenzentrale Zürich. Die Anwältin appelliert in Sachen Gleichstellung an die Frauen. Seraina Boner

Interview: Andres Eberhard

Sie haben sich als Anwältin auf Familienrecht spezialisiert. Das klingt nach Scheidungskriegen. *Andrea Gisler:* Tatsächlich kommen viele wegen einer Scheidung zu mir. Aber nicht immer kommt es zum Streit. Es gibt durchaus Fälle, in denen Frau und Mann gemeinsam zu mir kommen und eine faire Regelung für beide finden möchten.

Nicht so harmonisch geht es beim Thema Geld zu und her. Kürzlich berichteten Sie in der «Sonntagszeitung» über eine 52-jährige Klientin, die nach einer Scheidung einer Pension in Armut entgegenblickte. Als Anwältin habe ich immer wieder Fälle von Frauen, die Anfang oder Mitte 50 sind, lange Jahre für die Familie da und damit nicht erwerbstätig waren. Dann kommt es zur Scheidung. Das sind ganz schwierige Fälle. Die Männer sagen mir dann, die Frauen sollen doch wieder arbeiten gehen. Aber der Arbeitsmarkt ist natürlich ein anderer. Ich möchte nicht in der Situation dieser Frauen sein. Darum rate ich jeder, nie ganz auszusteigen, den Fuss immer irgendwo drin zu behalten. Je besser jemand ausgebildet ist, desto problematischer wird es.

Ach ja? Bei Akademikerinnen ist das Problem besonders dringlich. Denn die Halbwertszeit von Wissen ist kurz. Einmal kam eine Frau zu mir, die ein Psychologiestudium vor 20 Jahren abgeschlossen, danach aber nie auf dem Beruf gearbeitet hatte. Was soll sie nun nach der Scheidung tun? Als Psychologin findet sie kaum Arbeit, die Firmen stellen Junge direkt nach dem Studium ein. Ins Büro kann sie auch nicht, da wird sie für überqualifiziert gehalten.

Sie sagen ja, die Altersvorsorge sei ein spezifisch weibliches Problem. Woher wissen Sie das? Ich war vier Jahre lang Gemeinderätin in Gossau. Da sah ich, wie die Ergänzungsleistungen

Jahr für Jahr stiegen. Das tun sie noch immer. Die öffentliche Hand hat also auch ein Interesse an einer Lösung für dieses Problem. Vor allem aber zeigt sich bei genauerem Hinschauen: Unter den Bezüglern sind deutlich mehr Frauen. Altersarmut ist weiblich.

Was ist die Ursache dafür? Frauen arbeiten nach einer Mutterschaft häufig Teilzeit. Die 2. Säule greift erst ab einem Mindesteinkommen, danach kommt noch der sogenannte Koordinationsabzug. Dieser hat zur Folge, dass erwerbstätige Frauen, die nur in einem kleinen Pensum arbeiten, über die 2. Säule keine oder keine wirklich gute Altersvorsorge haben. Noch ein Grund, warum vor allem Frauen im Alter finanziell schlecht dastehen: die Lohnungleichheit. Diese wirkt sich natürlich später auch bei den Renten aus.

Und warum sorgen die Frauen nicht besser vor oder zahlen in die 3. Säule ein? Viele Frauen befassen sich nicht mit der Altersvorsorge. Das Thema wird verdrängt, oder es interessiert nicht. Auch unser Sozialversicherungssystem ist nach wie vor stark geprägt vom Ernährer- und Hausfrauenmodell.

Das klingt nach alten Rollenbildern. Die sind nach wie vor in den Köpfen. Übrigens hat sich auch das Engagement der Frauenzentrale geändert. In den 1950er und den 1960er Jahren setzte sie sich für die Wertschätzung der Hausfrauenrolle ein. Später kam dann das Zusatzverdienstmodell. Für die damalige Zeit mag das der richtige Ansatz gewesen sein. Heute muss es das Ziel sein, dass Hausarbeit, Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufgeteilt werden. Zwar soll eine Frau Mutter und Hausfrau sein können, wenn sie dies möchte. Sie muss sich aber über die Folgen im Klaren sein. Heute beträgt die Scheidungsquote über 40 Prozent.

Sichert die Ehe Frauen nicht ab? Nach wie vor meinen viele Frauen, dass sie versorgt sind, wenn sie geheiratet haben. Tatsächlich ist die Situation nicht so dramatisch, falls die Frau einen einigermassen gut verdienenden Mann hat. Dann ist über ihn die Altersvorsorge sichergestellt. Problematisch wird es aber, falls es zu einer Scheidung kommt. Klar, die Frauen erhalten bei der Scheidung oft einen Unterhaltsbeitrag, der einen Anteil für die Altersvorsorge einschliesst. Da sollte man sich aber nichts vormachen. Dieses Geld landet in der Praxis nicht auf dem Vorsorgekonto, sondern fliesst in den laufenden Haushalt, und dann ist es weg.

Was ist mit Frauen, die im Konkubinat leben? Falls sie in einem Kleinpensum arbeiten und sich nicht um ihre Vorsorge kümmern, werden sie im Alter ein grosses Problem haben.

Was empfehlen Sie den Frauen? Egal, welcher Zivilstand und ob mit Kindern oder nicht, eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit sollte sich jede Frau bewahren. Über die Frauenzentrale bieten wir unabhängige frauenspezifische Vorsorgeberatungen an.

Sie sagen: Die Frauen müssen sich um ihre Vorsorge kümmern. Man könnte das Problem auch anders lösen: Indem Teilzeit arbeitende Frauen und Mütter punkto Vorsorge rechtlich bessergestellt werden. Ist das für Sie keine Option? Doch, natürlich. Mit der Altersreform 2020, welche in diesem Jahr politisch verhandelt wird, soll genau das passieren. Dafür machen wir und andere Frauenorganisationen uns auch stark. Meine ganz persönliche Meinung ist einfach, dass Frauen davon wegkommen müssen, in Kleinstpensum zu arbeiten. Nicht nur wegen der Altersvorsorge. Auch im Betrieb hat man mit einem Kleinstpensum Schwierigkeiten. Man erhält nicht alle Informationen, es ist schwierig, Teil des Teams zu werden.

Als Präsidentin der Frauenzentrale hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie die Benachteiligungen anprangern, mit welchen Frauen in der Gesellschaft nach wie vor konfrontiert sind. Sie aber vertreten einen sehr pragmatischen Ansatz, appellieren direkt an die Frauen. Wür-

den Sie sich als Feministin bezeichnen? Ja. Ich habe kein Problem mit diesem Begriff. Ich verstehe nicht, warum in der ganzen Gender-Debatte oft so getan wird, als befänden wir uns auf einem Kriegsschauplatz. Oberstes Credo sollte doch die Wahlfreiheit sein. Dass Frauen wie auch Männer ihr Leben frei gestalten und wählen können, wie viel sie arbeiten möchten. Heute haben wir die Situation, dass nicht mehr alle Frauen Hausfrauen und nicht mehr alle Männer Bauern sein müssen, wenn sie es nicht wollen. Das ist doch eine Chance für alle, da sollte man nicht immer in Gewinnern und Verlierern denken. Aber selbstverständlich gibt es in der Gesellschaft noch immer viele Benachteiligungen für Frauen.

Wovon sprechen Sie konkret? Vor allem von der Lohnungleichheit. Eigentlich steht sie schon lange in der Verfassung, trotzdem ist die Ungleichheit Realität, und es passiert einfach nichts. Wenn ich von Lohnungleichheit spreche, geht vielen gleich der «Lade abe». Sie sagen, Lohnungleichheit gebe es gar nicht.

Wer sagt das? Solche Reaktionen erhalte ich etwa nach Referaten in Service-Clubs wie dem Rotary Club oder dem Lions Club oder in einem Zirkel von Unternehmern. Früher sagten die Arbeitgeber und mit ihnen der Verband, es gebe Lohnungleichheit, aber es dürfe keine Regulierungen geben, man sei daran, diesen Missstand zu beheben. Jetzt, wo nichts passiert ist, haben sie einfach die Argumentation geändert. Nun wird plötzlich gesagt, die Lohnungleichheit sei eine statistische Erfindung.

Was halten Sie von Frauenquoten? Ich gehöre ja einer liberalen Partei an (der GLP – die Red.) und bin kein Fan von Regulierungen, aber wenn einfach nichts passiert, braucht es vielleicht doch gesetzliche Massnahmen. Ich könnte mir zum Beispiel befristete Frauenquoten mit mehrjähriger Vorlaufzeit vorstellen. Das heisst, Firmen wüssten, dass die Quote zum Beispiel in fünf Jahren kommt. Und wenn sie kommt, dann befristet auf wiederum fünf Jahre. Meine Hoffnung wäre, dass die Firmen gezielt Frauen suchen und merken, dass das Unternehmen nicht untergeht, wenn auch noch Frauen in der Geschäftsleitung oder im Verwaltungsrat sitzen.

Wo in der Gesellschaft herrscht sonst noch Ungleichheit? In der Politik. Da ist unser Slogan seit Jahren: «Ein Drittel ist nicht genug.» Damit wollen wir den Anteil an Frauen in Parlamenten und Exekutiven vergrössern.

Wie können Sie das erreichen? Etwa, indem Frauen strategisch wählen, und zwar überparteilich. Um den Frauenanteil zu erhöhen, sollten Frauen nur Frauen mit Wahlchancen wählen. Es nützt nichts, wenn man, ich sage jetzt mal, eine Kandidatin auf Platz 34 der Piratenpartei wählt.

Sie leben in Ottikon und sassen in Gossau im Gemeinderat. Als Anwältin sind Sie in Wetzikon tätig. Wie ist die Situation auf dem Land im Vergleich mit der Stadt? Es gibt nicht nur einen «Röstigraben» zwischen der Deutschschweiz und der Romandie, sondern auch zwischen urbanen und ländlichen Gebieten. In der Stadt Zürich ist es beispielsweise viel selbstverständlicher, dass Mütter in höheren Pensen erwerbstätig sind. Wenn hier im Oberland eine Mutter sagt, sie arbeite 80 Prozent, dann erntet sie häufig kritische Blicke.

Andrea Gisler (49) aus Ottikon bei Gossau ist seit 2001 im Vorstand und seit 2011 Präsidentin der Frauenzentrale. Sie arbeitet zudem als Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei in Wetzikon und ist unter anderem auf Familienrecht spezialisiert. Gisler ist auch politisch aktiv: Von 2010 bis 2014 sass Gisler für die Grünliberalen und das Politische Frauenpodium Gossau im Gossauer Gemeinderat. Im Moment belegt sie den ersten Ersatzplatz ihrer Partei für den Kantonsrat. Privat lebt Gisler in einer Partnerschaft ohne eigene Kinder.

«Säkularisierung und Menschenrechte müssen von Muslimen akzeptiert werden»

Elham Manea verlangt von muslimischen Migranten Assimilation, also Angleichung

Sie hat eine klare Meinung, was Europa, die Schweiz und die muslimischen Migranten betrifft: die Politologin Elham Manea. Am Mittwoch sprach sie in Winterthur.



Die Politologin Elham Manea war zu Gast am Gesundheitsapéro im Kirchgemeindehaus Liebestrasse. Johanna Bossart

Deborah Stoffel. Es ist eine folgenschwere Begriffsverschiebung: Die Politologin und jemenitische und schweizerische Doppelbürgerin Elham Manea verlangt von muslimischen Migranten keine Integration, sondern eine Assimilation, also eine Angleichung. Muslime, die in Europa leben wollen, müssen den Grundkonsens der Säkularisierung und der Menschenrechte akzeptieren, lautet ihre Forderung. Denn diese europäischen Errungenschaften seien unverhandelbar. Am Mittwochabend sprach Manea auf Einladung der Ärztegesellschaft Winterthur-Andelfingen am Gesundheitsapéro im Kongresshaus Liebestrasse. Und sie ersetzte dort auch einen zweiten verbreiteten Begriff durch einen neuen: Muslime müssten in der Gesellschaft nicht toleriert, sondern akzeptiert werden. Voraussetzung dafür sei, dass Minderheiten nach dem Gleichheitsprinzip behandelt, also Ausländer nicht als unterlegen betrachtet würden. Reine Toleranz berge die Gefahr, dass man über Dinge hinwegsehe, die man normalerweise nicht billige. «Akzeptanz aber bedeutet, dass Unterschiede der Hautfarbe, des Geschlechts, der Religion und so weiter unbedeutend sind.»

Kopftuchverbot für Kinder

Nach einer akademischen Herleitung befasste sich die Privatdozentin und Menschenrechtsaktivistin in ihrem Vortrag ganz konkret mit aktuellen politischen Fragen. Das Kopftuch, sagte sie, sei ein Symbol des politischen Islam. Gleichzeitig gebe es aber auch Frauen, die es freiwillig und aus Überzeugung tragen wollten. Maneas Ausweg aus diesem Dilemma ist ein Kopftuchverbot für Kinder. Wenn sie aber mündig seien, mit 18 Jahren, sei die Entscheidung den jungen Frauen zu über-

lassen. Frauen in öffentlichen Funktionen wiederum sollten im Dienst nie ein Kopftuch tragen, sagte Manea. Denn damit verletzen sie die Neutralität, die ihre Funktion verlange. In Übereinstimmung mit den Gerichten lehnt Manea einen Dispens vom Schwimmunterricht aus religiösen Gründen ab. Erst vor zwei Wochen hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein Urteil des Bundesgerichts bestätigt, wonach ein muslimisches Mädchen aus Basel dem Schwimmunterricht nicht fernbleiben dürfe. «Hier gelangen zwei Arten von Recht in Konflikt», sagte Manea. Das Recht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen, und das Recht des Mädchens auf eine Ausbildung, welche die Geschlechter gleichstellt. Das Recht des Kindes sei als Menschenrecht höher zu gewichten als der Anspruch der Eltern – unabhängig von der Religion. Von Dispensbegehren seien auch Mädchen von orthodoxen Juden oder konservativen Christen betroffen.

Die Bürgeridentität fördern

Der Vortrag löste im Publikum eine engagierte Diskussion aus. Nationalrätin Maja Ingold (EVP) zum Beispiel, die sich nebst drei Stadtratsmitgliedern unter den Gästen fand, wollte wissen, was die Schweizer Bevölkerung denn tun könne, um den Einwanderern die Assimilation zu ermöglichen. Manea schilderte dazu ein Beispiel aus Belgien. In Brüssel habe man nach den Terroranschlägen vom 22. März 2016 die Politik des «Aktiven Pluralismus» durch eine Politik der «Aktiven Bürgerschaft» ersetzt: Man reduziere Kinder in der Schule nicht mehr auf ihre religiöse Identität. Statt über Burkas rede man über Ideologien, und man schaffe Klarheit in Bezug auf die Geschlechterdimensionen in den Religionen, auch «um Mädchen zu schützen». Weiter sprach sich Manea dafür aus, dass die Schweiz hier tätige Imame ausbilde. Dafür brauche es eine Finanzierung. «Wir müssen verhindern, dass Imame und Moscheen mit Geld aus dem Ausland finanziert werden», warnte sie. Heute seien viele Muslime gegenüber den muslimischen Institutionen skeptisch. So sehr es ihr missfalle, das sagen zu müssen: «Mein Vertrauen in muslimische Gemeinschaften ist mangelhaft.»

Für ein Verbot von «Lies!»

Zur Assimilationspflicht gehört für Manea auch das Erlernen der Sprache. «Deutsch lernen muss eine Pflicht sein», sagte sie. Gewisse Männer würden ihren Frauen sonst verbieten, die Sprache zu lernen. Ein Arzt aus dem Publikum hatte zuvor seine Erfahrung geschildert, dass Migrantinnen oft in Begleitung ihrer Männer zur Sprechstunde erschienen, weil sie kein Deutsch sprächen. Ein Besucher wollte schliesslich wissen, wie die Referentin mit der Koranverteilkampagne «Lies!» umgehen würde. Ihre Antwort: Sie würde den Verein nach deutschem Vorbild verbieten, wenn auch die rechtlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz schwieriger seien. Eindrücklich und voller persönlicher Erzählungen war ihre Prognose zum Schluss, wie sich Saudiarabien, der Iran und der Jemen von innen reformieren werden. Der Arabische Frühling, so viele Probleme er auch gebracht habe, werde nicht ohne Folgen bleiben, sagte Manea. «Wir werden die Früchte sehen, nicht heute, aber vielleicht in 50 Jahren.»

Aargauer Zeitung - Seite 30

28. Januar 2017

Die Stadt gratis erleben

Junge Asylsuchende arbeiteten mit den Aarauer Schülern zusammen

Am Donnerstagabend stellte die Sek 4a im Stadtmuseum vor grossem Publikum ihr neues Projekt vor. Es ist in Zusammenarbeit mit Flüchtlingen entstanden.



zVg.

Die Klasse 4a der Sekundarschule Aarau hat zusammen mit ihrem Lehrer Werner Bertschi einen ganz besonderen Stadtplan ausgearbeitet: Er nennt sich «Aarau for free» und richtet sich vor allem (aber nicht ausschliesslich) an jugendliche Asylsuchende. Diese sollen mit dem Plan auf diejenigen Plätze aufmerksam gemacht werden, an denen sie zum Nulltarif spielen, lernen oder einfach nur sein dürfen. Das kann irgendwo in der Natur sein (Vita-Parcours Gönhardwald, das «Roggi» oder die Feuerstelle beim Alpenzeiger), in einem Treff («Drehpunkt» in der Telli, «Jugendtreff Wenk» oder «Haus zur Zinne» an der Kirchgasse) oder auch in einer Kulturinstitution – das Stadtmuseum oder das Kunsthaus bieten Flüchtlingen Gratisintritte oder -führungen. Auf der Vorderseite des Plans befindet sich eine Karte, die einzelnen Standorte werden auf der Rückseite erläutert. Entstanden ist der Stadtplan im Rahmen des Projekts «Migrationsspuren vor Ort» zusammen mit der UMA-Klasse (das steht für «unbegleitete minderjährige Asylsuchende») aus Aarau. Die Jugendlichen haben gemeinsam die Plätze recherchiert, fotografiert und dann zusammen mit der Grafikerin Isabelle Hofmann den Plan entwickelt. Die professionelle Unterstützung sieht man dem Produkt an – es ist ansprechend gestaltet, aus robustem Papier gefertigt und sehr übersichtlich. Dass die Informationen nur auf Deutsch vorhanden sind, fördert die Integration. Die Vernissage am Donnerstagabend im Stadtmuseum war mit 140 Gästen gut besucht, auch Stadtrat Hanspeter Hilfiker war mit dabei. Eröffnet und musikalisch begleitet wurde der Anlass durch zwei jugendliche Schlagzeuger sowie den «UMA Chor». Die Klasse berichtete in Kurzvorträgen mit Fotos von der Entwicklung und Entstehung der Karte, sowie von ihren Erfahrungen und Interaktionen mit den jugendlichen Flüchtlingen. Für die Besucher war es besonders eindrücklich, wie kameradschaftlich, offen und hilfsbereit die Jugendlichen miteinander umgingen.

Neue Zürcher Zeitung - Seite 14 und 15

31. Januar 2017

Verloren in der Freiheit

Flüchtlinge aus Eritrea sehen sich in der Schweiz mit neuen Problemen konfrontiert

Viele Eritreer sind überfordert mit dem Leben in der Schweiz. Sie fallen aus dem System heraus, noch bevor sie richtig angekommen sind. Wer es dennoch schafft, hat oft Glück – oder einen eisernen Willen.



Ärztin Fana Asefaw hilft ihren Landsleuten, die Schweiz besser zu verstehen.



Familienvater Mengis Uqbe tut sich schwer mit den Behörden und ihren Entscheidungen



Daniel Ocbe fühlte sich im Deutschkurs unterfordert.



Meheret Tesfa zeigte bei der Suche nach einer Lehrstelle Beharrlichkeit. BILDER SIMON TANNER / NZZ

Camilla Alabor. Mengis Uqbe leidet. Sein Rücken schmerzt, er sieht nur noch schlecht, langes Sitzen bereitet ihm Mühe. Dabei ist er erst 50 Jahre alt. Seine Schmerzen sind nicht nur körperlicher Art. Fast noch mehr leidet er darunter, dass ihm seine Sozialberaterin das alles nicht glaubt. Sie denkt, er wolle nicht arbeiten und erfinde das bloss. Denn der Arzt hat bisher trotz Röntgenbildern nichts gefunden, was Uqbes Schmerzen erklärt. Dabei wolle er doch arbeiten, beteuert der Eritreer. «Niemand will zu Hause sitzen und Sozialhilfe beziehen.» Fast verzweifelt fügt er an: «Ich bin kein Lügner!»

Mengis Uqbe ist seit acht Jahren in der Schweiz. In Eritrea hat der sechsfache Familienvater ein Restaurant geführt, später im Militär als Chauffeur gedient. Zwei Jahre nach seiner Flucht habe er Probleme mit dem Rücken bekommen, erzählt er. Ein ganzes Jahr hat er im Spital verbracht, «pro Tag musste ich 22 Tabletten schlucken». Doch besser geworden sei es nicht.

Ohnehin fühlt sich Uqbe in der Schweiz nicht ganz wohl. Denn wo in Eritrea der Staat entscheidet, baut man hier auf Bürgersinn. Statt Autorität gilt Eigenverantwortung. Das kommt auch im Handeln der Behörden zum Ausdruck, mit denen Uqbe als Sozialhilfebezüger regelmässig zu tun hat. Die Sozialberaterin wolle seinem 18-jährigen Sohn einfach Geld überweisen, empört er sich – ohne ihn, den Vater, zuerst um Erlaubnis zu bitten. Für Schweizer Kinder möge das ja funktionieren, sagt Uqbe, nicht aber bei Eritreern. «Mit 18 Jahren ist mein Sohn noch ein Kind.» Dessen Geld zu verwalten, sei die Aufgabe der Eltern.

Zu den Behörden hat Uqbe ein schwieriges Verhältnis. Er nimmt sie als Einheit wahr, deren Schaffen er nicht durchschaut und die willkürliche Entscheide trifft. Was auch damit zu tun hat, dass er nur wenig Deutsch spricht. Das Resultat sind Missverständnisse und Frustration auf beiden Seiten. In einem Bericht hat die Sozialberaterin Uqbe als aggressiv bezeichnet und notiert, dass er nicht kooperiere. Nun ist er vor jedem weiteren Treffen nervös und fürchtet sich vor dem, was als Nächstes kommt.

Fana Asefaw kennt solche Fälle gut. Die leitende Ärztin ist als Kind eritreischer Eltern in Deutschland aufgewachsen, lebt seit zehn Jahren in der Schweiz – und ist so etwas wie eine erste Anlaufstelle für überforderte Eritreer und ratlose Behörden geworden. Als Kinder- und Jugendpsychiaterin in einer Winterthurer Klinik sieht sie täglich die Hindernisse, über die Eritreer in der Schweiz stolpern.

So geht es bei ihren jungen eritreischen Patienten anfangs häufig um Probleme in der Schule. «Doch am Ende merke ich oft, dass die ganze Familie sehr belastet ist», sagt sie. Viele Eltern seien mit den Kindern und dem Leben zwischen zwei Kulturen überfordert. «Sie sind von der Flucht traumatisiert, verstehen das System in der Schweiz nicht und geben die Kinder in der Schule ab in der Hoffnung, dass die Lehrerin das Kind auch pädagogisch erzieht.» So wie in Eritrea, wo die ganze Gesellschaft an der Erziehung beteiligt ist. Doch damit begännen die Probleme erst. «Zu Hause sind die Eltern sehr streng und schlagen die Kinder auch einmal. In der Schule hingegen sind die Lehrer verständnisvoll und setzen den Kindern nur wenige Grenzen», sagt Asefaw. Mit diesen Widersprüchen kämen viele eritreische Kinder nicht klar. «Sie werden verhaltensauffällig und fliegen am Ende ganz von der Schule.»

Die Eltern wiederum – besonders die Männer – hadern anfangs mit der Situation, in der sie sich wiederfinden. Sie waren jahrelang auf der Flucht, haben sich nach Europa durchgekämpft und sind hier plötzlich zum Nichtstun verdammt. Ihr Status als Ernährer – ja, oft ihr ganzes Dasein – ist damit infrage gestellt. Die Frauen dagegen passen sich schneller an. Sie freuen sich über die Freiheiten, die sie hier geniessen. Über das Geld, das sie dank Sozialhilfe auf einmal besitzen. Mit einem Mal sind die Rollenverhältnisse umgekehrt. «Oft zerbrechen Beziehungen nach der Ankunft in der Schweiz», sagt Asefaw.

Zu den kulturellen Schwierigkeiten kommt die Abhängigkeit von der Sozialhilfe. Bei jenen Eritreern, die vorläufig aufgenommen wurden, haben nur 17 Prozent eine Arbeit, wie die Zahlen von November 2016 zeigen. Bei jenen, die als Flüchtlinge anerkannt werden, sind es nur wenige mehr: Dort gehen 21 Prozent einer Arbeit nach. Die tiefe Erwerbsquote bei den Eritreern ist auch deshalb von Bedeutung, weil sie die grösste Gruppe von Flüchtlingen stellen. Rund 27 000 von ihnen leben in der Schweiz.

Pünktlich wie ein Schweizer

Für Ärztin Fana Asefaw zeigen die Zahlen neben traurigen Einzelschicksalen noch etwas anderes: «Das heutige System funktioniert nicht richtig.» Nicht nur die Erwachsenen verpassten den Anschluss. «Selbst bei vielen eritreischen Kindern gelingt die Integration nicht.» Das will sie nicht hinnehmen. In ihrer Freizeit organisiert sie deshalb Kurse für ihre Landsleute. Dort diskutieren sie beispielsweise, wie man als Familie in der Schweiz lebt. Mitorganisiert werden die Kurse vom Verein National Coalition Building Institute (NCBI). Der Verein bildet Eritreer als «Brückenbauer» aus. Die Idee: Eritreer, die schon gut integriert sind, helfen ihren Landsleuten, wenn diese Probleme haben. Solche Schlüsselpersonen fehlen heute.

Einer von diesen Brückenbauern ist Daniel Ocbe. Er ist so etwas wie die wandelnde Antithese zu Fana Asefaws Patienten. Seit drei Jahren wohnt er mit seiner Frau in der Schweiz und ist, wie seine Kollegen lachend meinen, fast schon «überintegriert», so pünktlich erscheint er jeweils zu Treffen. Er spricht fließend Deutsch, macht momentan eine Vorlehre als Elektroinstallateur und beginnt im Sommer eine Lehre. In den Schoss ist das dem 26-Jährigen allerdings nicht gefallen.

Einmal in der Schweiz angekommen, wollte Ocbe Deutsch lernen. Sein Betreuer im zürcherischen Elsau sagte, es gebe für ihn nur einen Kurs vor Ort. Einmal pro Woche, zwei Stunden. «Aber das Niveau war viel zu tief», erzählt Ocbe. Er wusste, dass es in Zürich Gratkurse gibt. Für ein Zugbillet gebe es kein Budget, hiess es jedoch. Woher also das Geld nehmen? Ocbe strich sich das Mittagessen, trank einen Espresso stattdessen, ging fünf Mal pro Woche in die Sprachschule. Als er seinen Betreuer ein halbes Jahr später wieder traf, fiel der aus allen Wolken: Ocbe sprach ihn auf Deutsch an. «Da sagte er, er sehe, was er tun könne, um für die Billettkosten aufzukommen. Obwohl das vorher noch unmöglich gewesen war.»

Daneben ergriff Daniel Ocbe jede mögliche und unmögliche Gelegenheit, Deutsch zu üben. Um Leute kennenzulernen, füllte er kleine Zettel aus, die er in Coop und Migros ans Anschlagbrett heftete. Es meldete sich niemand. Besser klappte das beim Zufahren. Er sprach sein Gegenüber auf das ekelhafte Regenwetter an, was dann zu einem Gespräch führte oder auch nicht. Seine Erfahrung: «Ältere Leute plaudern gern ein wenig.» Sein Lieblingsort aber war die Bibliothek. Dort hat er Menschen kennengelernt, die ebenfalls Deutsch lernten. Und Freundschaften geschlossen.

Ocbes nächstes Ziel: Mithilfe von Freunden will er das Heidi-Kinderbuch auf Tigrinya übersetzen, die Sprache Eritreas. Damit er seiner dreijährigen Tochter das Buch einst vorlesen kann, «so wie die Schweizer Eltern das auch machen».

Auf gutem Weg war auch Kidane*. «Der 19-Jährige hatte eine Vorlehre als Maurer begonnen und war sehr motiviert», erzählt Ärztin Fana Asefaw. Gleichzeitig lastete aber ein ungeheurer Druck auf ihm. Die Mutter lebte in Eritrea in bitterer Armut und wartete darauf, dass ihr Sohn ihr Geld schicken würde. Seine 14-jährige Schwester war auf der Flucht und steckte in Libyen fest, von wo aus sie ihren Bruder verzweifelt anrief: Sie brauche 10 000 Dollar, sonst würde man sie entführen.

Kidane hatte selber kein Geld; brachte es aber nicht über sich, das seiner Familie zu sagen. So blieb er nachts wach, fühlte sich schuldig und wurde bei der Arbeit immer gereizter. «Als ihm der Lehrmeister einmal sagte, er solle fürs Malen mehr Farbe nehmen, schmiss er alles hin und ging nach Hause», erzählt Asefaw. Immer öfter kam er gar nicht zur Arbeit. Sein Chef verstand nicht, was in dem Jungen vorging – weil er darüber auch mit niemandem redete – und kündigte ihm am Ende. «Nun ist er erst recht orientierungslos.»

Alleine mit solchen Problemen fertigzuwerden, sei fast unmöglich, sagt Asefaw. «Deshalb brauchen die jungen Leute eine viel engere Begleitung.» Das sei aber nicht möglich, wenn ein Berater für über 100 Fälle zuständig sei. Die Erwachsenen wiederum benötigten mehr Unterstützung, um Arbeit zu finden. «Es braucht Kulturvermittler, die ihnen das Schweizer System erklären. Und zwar nicht erst zwei Jahre nach ihrer Ankunft, sondern bereits in den Durchgangszentren.»

Doch sie verlangt auch von den Eritreern mehr Einsatz. «Dazu ist es wichtig, ihnen ihre Pflichten zu erklären.» Sie spricht sich dafür aus, die Sozialhilfe zeitlich zu begrenzen und dies von Anfang an klar zu kommunizieren. Auch für die Eritreer selber sei Sozialhilfe auf Dauer entwertend: «Für die Betroffenen ist das wie betteln.»

Ein grosses Unwissen bei ihren Landsleuten konstatiert auch Meheret Tesfay. So sei ihnen nicht klar, wie man eine Bewerbung schreibe. Oder dass man dafür in der Schweiz einen Lebenslauf brauche. Sie wusste es ja selber nicht, als sie vor zwölf Jahren in die Schweiz kam und bei Restaurants an die Türen klopfte mit der Bitte um Arbeit. Heute ist sie in einem Durchgangszentrum im Kanton Aargau als Kulturvermittlerin tätig.

Der Weg dorthin war steinig. So meinte etwa der Berufsberater, ihr Deutsch sei für eine Lehre nicht gut genug. Er könne sie lediglich für eine Vorlehre empfehlen. Worauf Tesfay die Nummer jener Person herausuchte, die bei der Stadt für Brückenangebote zuständig war. Sie rief den Herrn an, bekam einen Termin und unterhielt sich eine halbe Stunde lang mit ihm. Am Ende schickte dieser einen Brief an Tesfays Sozialberaterin: Frau Tesfay sei mit ihren Deutschkenntnissen sehr wohl für eine Lehre geeignet. Während der Ausbildung arbeitete die alleinerziehende Mutter tagsüber in der Krippe, brachte um acht Uhr ihre Tochter ins Bett und setzte sich um neun Uhr an den Küchentisch, um für die Prüfungen zu lernen.

Vom Kunstlehrer unterstützt

Es war keine einfache Zeit. Doch die 36-Jährige hatte auch Glück, und dies gleich doppelt. Kurz nach ihrer Ankunft lernte sie im Durchgangszentrum einen Kunstlehrer kennen. Er unterstützte sie, wenn sie im Schweizer System wieder einmal auflief. Das andere Quentchen Glück ist 13 Jahre alt und heisst Christina. Durch ihre Tochter habe sie viele Kontakte geknüpft, sagt Tesfay. «Eine Deutschlehrerin hat mir einmal gesagt: Wenn ihr Schweizer kennenlernen wollt, braucht ihr entweder einen Hund oder Kinder.»

Was ein wenig Hilfe von aussen bewirken kann, zeigt das Beispiel von Aforki*. Im Rahmen des Brückenbauerprogramms kümmert sich Ocbe um den 17-Jährigen. Bei den Betreuern galt Aforki als Problemkind: Er hatte aufgehört, zur Schule zu gehen, blieb einmal zwei Wochen lang verschwunden und stritt sich immer wieder mit den anderen Bewohnern des Zentrums. Auch bei Daniel Ocbe brauchte es Zeit, bis Aforki Vertrauen fasste. Mit dem Teenager schon nur Kontakt aufzunehmen, war schwierig. «Er sagte, er habe keine Telefonnummer.» Wenn es dann zu einem Treffen kam, gab Aforki kaum Antwort.

Ocbe gab nicht auf. Er erzählte, wie es ihm gegangen war, als er in die Schweiz kam. Und machte Aforki klar, dass er ohne Deutsch nicht weiterkomme. Langsam schienen die Gespräche Wirkung zu zeigen. Aforki erzählte Ocbe, dass er gar nicht so sei, wie alle meinten – kriminell, aggressiv, eine schlechte Person. «Nach einer Weile gab er mir dann auch seine Telefonnummer.» Eines Tages meinte Aforki plötzlich, er wolle eine Lehre machen. Ocbe lächelt, er freut sich über den Fortschritt. Und über den Enthusiasmus seines Schützlings. «Vor kurzem hat er noch die Schule geschwänzt – jetzt kann es ihm gar nicht schnell genug gehen.»

Er unterstützt Aforki weiterhin – und mahnt ihn zu Geduld. Schliesslich hatte Ocbe selber ein Jahr lang Bewerbung um Bewerbung geschrieben. Und Absage um Absage erhalten. Erst seit kurzem trägt er, worauf er so lange hingearbeitet hat: Einen grauen Pullover mit dem Namen seiner Firma darauf. Berufskleidung.

* Name geändert

Neue Luzerner Zeitung - Seite 5

31. Januar 2017

Die zweite Flucht

Fast 9000 Asylbewerber sind 2016 untergetaucht, ohne den Asylentscheid des Staatssekretariats für Migration abzuwarten

Dort vermutet man, dass die meisten die Schweiz verlassen haben



Die meisten untergetauchten Asylbewerber kommen aus Afrika. Bild: Carlo Reguzzi/Keystone (Chiasso, 22. April 2016)

Dominic Wirth. Jedes Jahr verliert der Bund Tausende Asylbewerber aus den Augen. So hoch wie im letzten Jahr war die Zahl aber schon seit langem nicht mehr. Fast 9000 Asylbewerber sind 2016 untergetaucht. Sie erscheinen in der Asylstatistik, diesem Zahlenwust, in einer einzigen Zeile. «Unkontrollierte Abreisen» steht da. Hinter dem abstrakten Begriff verbergen sich Flüchtlinge, von denen die Behörden nicht wissen, wo sie sich aufhalten. Sie haben in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt, sind dann aber von der Bildfläche verschwunden, bevor das Staatssekretariat für Migration (SEM) einen Entscheid fällte. 8943 Asylbewerber sind 2016 untergetaucht. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 67 Prozent. Die grosse Mehrheit – fast 7000 – kommen aus Afrika, wobei die meisten Flüchtlinge aus Eritrea, Gambia und Nigeria stammen. In den letzten Jahren war die Zahl der unkontrollierten Abreisen deutlich tiefer. 2008 etwa sind nur 3400 Fälle verzeichnet. Wo sich diese Menschen aufhalten, weiss das SEM nicht. Allerdings geht man beim Bund davon aus, dass «die meisten Personen, die irregulär aus dem Asylprozess in der Schweiz austreten, das Land verlassen». Das schreibt das SEM auf Anfrage. Es stützt sich dabei auf zwei Statistiken: Jene der Illegalen, die in der Schweiz aufgegriffen werden. Und jene der Sans-Papiers. Beide, so das SEM, seien stabil.

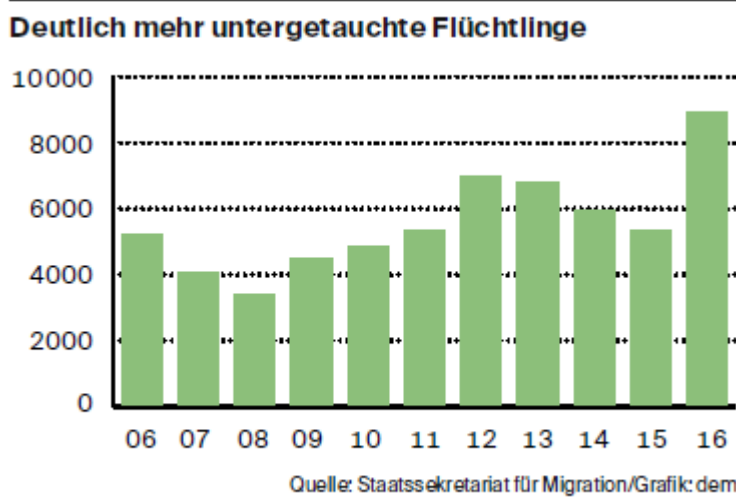
Asylzentren sind nicht geschlossen

Im letzten Jahr hat das SEM verschiedene Massnahmen ergriffen, um die unkontrollierten Abreisen in den Griff zu bekommen. So werden Asylsuchende nun öfter mit Bussen statt mit dem öffentlichen Verkehr befördert, wenn sie vom einen Asylzentrum des Bundes in ein anderes gelangen

müssen. Das soll die Fluchtgefahr verkleinern. Daneben setzen die Behörden auch auf Sicherheitspersonal. Wenn ein Asylbewerber untertauchen will, kann das SEM das aber nicht verhindern. Denn die Empfangs- und Verfahrenszentren, in denen die Migranten registriert werden und ihre Asylgesuche stellen, sind laut SEM «keine geschlossenen Einrichtungen». Tagsüber dürfen sich die Asylbewerber frei bewegen, sofern sie nicht in ein Beschäftigungsprogramm eingebunden sind. Wieso aber will jemand, der ein Asylgesuch gestellt hat, das Verdikt der Behörden nicht abwarten? Und wieso ist diese Zahl zuletzt so deutlich angestiegen? Beim SEM sieht man die Entwicklung als «unmittelbare Folge der Schweizer Asylpraxis». Die Schweiz setze das Dublin-System konsequent um und behandle aussichtslose Asylgesuche prioritär. «In der Folge suchen Migranten offensichtlich vermehrt Staaten mit für sie womöglich günstigeren Rahmenbedingungen des Asylsystems auf», schreibt es.

Bürgerliche Politiker sehen positive Aspekte

Für den Bund sind die vielen untergetauchten Asylbewerber also auch Ausdruck der strengen und konsequenten Schweizer Asylpolitik. Bürgerliche Asyl-Politiker sehen das allerdings anders. Heinz Brand etwa sagt, 2016 sei ein spezielles Jahr gewesen, weil viele Flüchtlinge die Schweiz als Transitland nutzten. In den Augen des SVP-Nationalrats lag das aber weniger an der Schweizer Asylpolitik, sondern an der «Aufnahmebegeisterung in anderen europäischen Ländern, Deutschland und Österreich etwa». Für den Bündner ist die Schweiz noch immer «zu grosszügig und zu undifferenziert», wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht. Für Nationalrat Matthias Jauslin (FDP/AG) sind die vielen untergetauchten Asylbewerber zwar eine «unangenehme Situation, weil wir uns gewohnt sind, dass man Prozesse beendet. Ich sehe das aber nicht als dramatisch, sondern eher als unbefriedigend an.» Beide Politiker gewinnen der Entwicklung sogar Positives ab. Heinz Brand denkt an die Schwierigkeiten, die die Schweiz bei der Rückführung von Flüchtlingen hat, die kein Asyl bekommen. «Vor diesem Hintergrund ist es gar nicht so schlimm, wenn die Leute weiterziehen, man muss eher froh sein. Jeder Flüchtling, der von selbst verschwindet, ist ein Glücksfall, weil die Vollzugsprobleme nicht anfallen», sagt Brand. Matthias Jauslin formuliert das nicht ganz so drastisch, meint aber letztlich etwas Ähnliches: «Wenn die Schweiz nicht mehr zuoberst auf der Prioritätenliste steht, ist das ja nicht unbedingt negativ», sagt er.



Begeistert vom Schweizer Schulsystem

Baeazi Alsaleh hat in Syrien als Lehrerin gearbeitet. In der Schweiz ist sie Praktikantin



In ihrer Heimat unterrichtete Baeazi Alsaleh Arabisch. Auch in der Schweiz will die Syrerin arbeiten. Seraina Boner

Eva Künzle. Die syrische Kurdin Baeazi Alsaleh könnte man als «Integrationserfolg» bezeichnen. Die 45-Jährige hat bereits nach sechs Monaten in der Schweiz in einer Ustermer Spielgruppe gearbeitet. Heute, nach zwei Jahren in der Schweiz, spricht die ausgebildete Lehrerin sehr gut Deutsch und macht ein Praktikum im Schulhaus Pünt.

Jeden Tag unterstützt Baeazi Alsaleh eine Lehrerin während zwei Lektionen. An diesem Vormittag ist sie in Tanja Harters Klasse. Zwei Mädchen zeigen ihren Klassenkollegen ein Klopfspiel mit Bechern vor, das die anderen dann nachmachen sollen. Immer wenn es unruhig wird, lässt Harter die Kinder einen bestimmten Rhythmus klatschen und die Arme verschränken. Der Trick nützt. Es ist erstaunlich, wie ruhig es innert Kürze wird. Baeazi Alsaleh macht beim Klatschen mit, schaut die Kinder dabei lächelnd an. «Als ich das erste Mal sah, wie man in der Schweiz unterrichtet, musste ich weinen», sagt Alsaleh. Sie sei in Syrien nie gerne in die Schule gegangen. Dort würden 40 Kinder in einer Klasse unterrichtet. Disziplin stehe im Vordergrund, für Spiele sei kein Platz. «Der Lehrerberuf gefiel mir auch in Syrien. Aber dort war ich ständig auf der Suche nach Verbesserungen. Hier in der Schweiz habe ich die Methode, nach der ich unbewusst immer gesucht habe, gefunden.»

Die Syrerin, die in ihrer Heimat Arabisch unterrichtete, hat ein Ziel vor Augen: Sie will als Klassenassistentin angestellt werden. Das sei nicht unrealistisch, sagt Kaspar Schneider, der bei der Zürcher Fachorganisation AÖZ die Integrationsbegleitung für Erwachsene leitet. Der Weg über einen sogenannten Lerneinsatz zur beruflichen Integration sei sehr gängig, sagt Schneider. «Am nachhaltigsten ist die Integration, wenn die Berufsperspektive einem Herzenswunsch der Kandidaten entspricht.» Aber wichtig sei auch, dass es sich um ein für sie realistisches Berufsbild handle. Bis Baeazi Alsaleh allerdings als «richtige» Lehrerin an einer Schweizer Schule unterrichten kann, liegt noch ein weiter Weg vor ihr. Die Anforderungen seitens der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren seien hoch, sagt Schneider: «Die Kandidaten müssen unter an-
Presseschau Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe

derem über sehr hohe Sprachkompetenzen in mindestens einer Schweizer Landessprache verfügen, also fast Muttersprachler sein.» Erst dann könnte Alsaleh eine Anerkennung ihres Diploms beantragen. So lange wird die AOZ, die der Syrerin zum Praktikum verholfen hat, Alsaleh aber nicht begleiten. Der Bund stellt den Kantonen ein Budget zur Verfügung, das im Kanton Zürich für 1½ Jahre Begleitung reicht.

Pünt-Schulleiter Stephan Ulrich hatte nicht lange gezögert, als die AOZ wegen des Praktikums für Alsaleh angefragt hatte. «Wir im Schulhaus Pünt haben viele Flüchtlingskinder in den Klassen. Da ist es umso wichtiger, dass auch beim Personal eine Diversifizierung stattfindet.» Ulrich bezeichnet Alsalehs Praktikum als «Win-win-Situation»: «Wir profitieren von ihrer Unterstützung, und sie kann viel lernen.» Lehrerin Tanja Harter, sagt, dass Alsalehs Begleitung für sie eine grosse Unterstützung sei. «Die Kinder, vor allem die Mädchen, sprechen sehr gut auf sie an. Baeazi beobachtet viel, geht oft zu einem einzelnen Kind hin, hört ihm zu und vermittelt ihm Wertschätzung. Dafür hätte ich allein nicht immer Zeit in einer Klasse mit 23 Kindern.» Schwierigkeiten aufgrund der kulturellen Unterschiede gebe es keine. «Baeazi ist sehr herzlich und offen.»

Sobald sie das Pünt betrete, spüre sie eine grosse Erleichterung und Zufriedenheit, sagt Baeazi Alsaleh. Hier kann sie die schwierige Vergangenheit für einen Moment vergessen. Die 45-Jährige hat sich zusammen mit ihrem Mann und ihren zwei Kindern für die Flucht entschieden. Ein Grund war die Krebserkrankung ihres Mannes. «Es war nicht möglich, in die Hauptstadt zu gehen, um Medikamente zu bekommen. Mein Mann hatte starke Schmerzen, das war schlimm.» Auch heute noch kommen der Kurdin die Tränen, wenn sie daran zurückdenkt. Schnell trocknet Alsaleh ihre Wangen und sagt: «Ich bin der Schweiz sehr dankbar für alles. Ich bedanke mich bei den Leuten, die mich akzeptieren, und auch bei denen, die mich nicht akzeptieren. Denn das macht mich wütend und gibt mir Kraft.» Sie verstehe aber, dass manche Leute sagten, sie wollten keine Flüchtlinge. «Die Schweiz ist so ein schönes Land, sauber, geordnet. Es ist klar, dass einige Angst haben, dass die vielen Flüchtlinge alles kaputt machen.» Sie wäre auch lieber in Syrien geblieben. «Aber mein Haus ist abgebrannt, ich musste mein Paradies verlassen.» Jetzt will Alsaleh nach vorne blicken. «Es ist schwierig, wieder neu anzufangen. Aber die Arbeit tut mir gut.»

Neue Luzerner Zeitung - Seite 21

1. Februar 2017

Jungen Erwachsenen geht es besser

Erstmals ist die Sozialhilfequote bei 18- bis 25-Jährigen tiefer als jene der gesamten Bevölkerung

Elternschaft gilt in dieser Altersklasse als besonders grosses Risiko, in die Sozialhilfe zu rutschen



Sozialdienste begleiten junge Menschen vom Schulalltag ins Berufsleben – ein Übergang, der mit Risiken behaftet ist.
Symbolbild: Pius Amrein

Susanne Balli. Die Sozialhilfequote junger Erwachsener im Kanton Luzern lag 2015 erstmals tiefer als jene der Gesamtbevölkerung. In der Altersklasse von 18 bis 25 Jahren bezogen 1,9 Prozent – insgesamt 800 Personen – Sozialhilfe. Die Sozialhilfequote der Gesamtbevölkerung im Kanton Luzern liegt bei 2,2 Prozent (siehe Grafik). Diese Quote hat sich gegenüber dem Vorjahr 2014 nicht verändert, wie Lustat Statistik mitteilt. 2015 bezogen 8607 Personen wirtschaftliche Sozialhilfe. In anderen Kantonen liegt die Sozialhilfequote bei den 18- bis 25-Jährigen meist deutlich höher als jene der Gesamtbevölkerung. Edith Lang, Leiterin der kantonalen Dienststelle Soziales und Gesellschaft, führt diesen Umstand auf mehrere Faktoren zurück: «Positiv wirken sich in Luzern die Integrationsmassnahmen in den Bereichen Bildung und Wirtschaft für junge Menschen in den Arbeitsmarkt aus.» Weiter würden starke Anstrengungen bei den Sozialdiensten unternommen, um junge Personen in den risikobehafteten Übergangsphasen der obligatorischen Schulzeit ins Berufsleben zu fördern. «In diesen Phasen werden junge Menschen begleitet, gefördert, aber auch gefordert», sagt Lang.

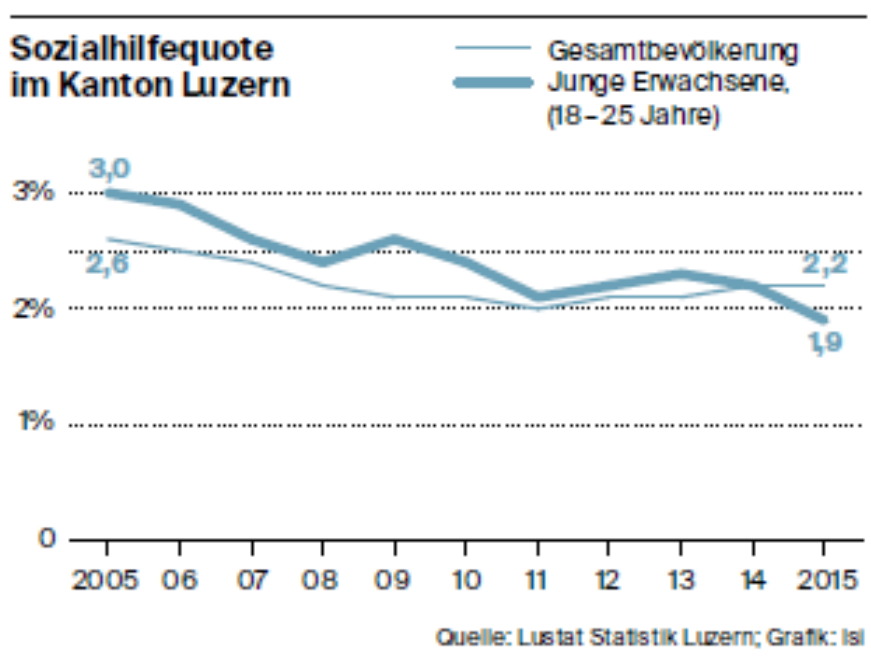
Hohe Bereitschaft der Betriebe zur Ausbildung

Gemäss dem Bulletin «Lustat aktuell » erklärt auch das Lehrstellenangebot in Luzern die kantonalen Unterschiede. Die Ausbildungsbereitschaft der Luzerner Betriebe liege deutlich über dem Schweizer Durchschnitt (Lernendenquote Luzern, 2012: 7 Prozent; Schweiz: 5 Prozent). Und der Anteil der frühzeitigen Schulabgänger sei in den letzten Jahren im Kanton Luzern kontinuierlich auf 5 Prozent gesunken. Bei den 18- bis 25-Jährigen bedeutet unter anderem eine frühe Elternschaft ein Armutsrisiko. 14,8 Prozent der jungen erwachsenen Sozialhilfebezüger im Jahr 2015 sind El-

tern. Edith Lang verweist hier auf die Schwierigkeit, Erziehungsaufgaben und Ausbildung oder Erwerbstätigkeit zu vereinbaren. Generell weisen gemäss Lustat Statistik Alleinerziehende und ihre Kinder ein deutlich höheres Risiko auf, Sozialhilfe zu beziehen (siehe Kasten). Bei den Sozialhilfebeziehenden jungen Erwachsenen im Jahr 2015 befanden sich 23,1 Prozent in einer beruflichen Ausbildung oder einem Studium.

Alleinerziehende gefährdet

Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden ist um ein Vielfaches höher als dasjenige von anderen Haushalten. Während der Anteil bei allen Privathaushalten im Kanton Luzern im Jahr 2015 bei 2,7 Prozent liegt, beträgt er bei Einelternefamilien 20,1 Prozent. 938 Alleinerziehende erhielten 2015 wirtschaftliche Sozialhilfe. Die Zahlen blieben laut Edith Lang, Leiterin Dienststelle Soziales und Bildung, seit 2012 in etwa konstant. Ausschlaggebend seien dabei, die familiäre Situation, Beruf und Erziehungsaufgaben unter einen Hut zu bringen wie auch Bildungsdefizite. Besonders betroffen sind Alleinerziehende von Kleinkindern. «Je älter die Kinder sind, desto mehr nimmt die Zahl der alleinerziehenden Sozialhilfebezüger ab», sagt Lang. Das Budget von Sozialhilfebezügern wird besonders durch Wohnungsmietkosten belastet. «Diese machen 30 bis 40 Prozent des Budgets aus.» (sb)



«Wie eine klaffende Wunde»

Der Stadtzürcher Sozialvorsteher Raphael Golta über skrupellose Vermieter und Problem-
liegenschaften

Die berüchtigten Häuser im Zürcher Langstrassenquartier könne die Stadt mit einem Kauf
aus der Abwärtsspirale herausholen, sagt Sozialvorsteher Raphael Golta. Er will auch ge-
gen skrupellose Vermieter vorgehen



Stadtrat Raphael Golta will eine der Problemliegenschaften so umbauen lassen, dass Süchtige und psychisch Kranke dort
würdevoll leben können. (Bild: Dominic Steinmann / NZZ)

Interview: Fabian Baumgartner, Florian Schoop

Herr Golta, Sie wollen die drei heruntergekommenen Häuser an der Neufrankengasse und an der Magnusstrasse kaufen. Warum?

Die drei Häuser sind wie eine klaffende Wunde mitten in Zürich. Die Zustände sind desolat, es gab
eine Drogenszene. Die Häuser bewegten sich in einer Abwärtsspirale. Mit dem Kauf können wir ei-
nen Neustart machen. Zudem wollen wir das Geschäftsmodell einiger Eigentümer mit teuren Mie-
ten zu miserabler Qualität unterbinden. Damit haben wir sehr schlechte Erfahrungen gemacht in
den letzten Jahren.

Die schwierigen Mieter verschwinden aber nicht einfach.

Wir haben die bisherigen Mieter mit unseren Angeboten unterstützt. Vor allem für die Leute aus der
Sozialhilfe und für Familien haben wir Alternativen gefunden. Ein Teil der Mieterschaft hat sich
aber auch selbst organisiert. Wir haben auch gemerkt, dass wir zusätzliche Angebote prüfen müs-

sen – für jene Personen, die sich die meisten nicht als Nachbarn wünschen. Wir planen das im einen der drei Häuser.

Wie wollen Sie das anstellen?

Wir sprechen von Süchtigen und psychisch Kranken, die nur knapp alleine wohnen können. Sie benötigen eine Struktur, es braucht einen aktiven Hauswart sowie Eingangskontrollen. Wir setzen darauf, dass die Liegenschaften so auch mit etwas schwierigeren Mietern funktionieren.

Geht es auch etwas konkreter?

Der Hauswart muss die Treppenhäuser sauber halten, und zwar von Anfang an. Eingangskontrollen braucht es, um die Ausbreitung der Drogenszene zu verhindern. Es braucht eine Krisenintervention, und die Hygiene auf den Zimmern muss kontrolliert werden. Die Neufrankengasse war auch als Umschlagsplatz bekannt. Es herrschte ein stetes Kommen und Gehen.

Eine soziale Durchmischung in den drei Liegenschaften ist eine Illusion – auch nach dem Kauf durch die Stadt.

Nehmen wir das Beispiel Alterszentren: Dort leben Menschen mit ähnlichen Bedürfnissen. Die Infrastruktur ist darauf ausgerichtet. Das Gleiche finden Sie hier. Wir schaffen ein Angebot für ein besonderes Bedürfnis.

Sie errichten also im Kreis 4 Sozialheime nach dem Vorbild von Altersheimen?

Nein, das werden keine Sozialheime. Es ergänzt unser Angebot für eine bestimmte Zielgruppe. Für die benachbarte Liegenschaft bleibt Durchmischung das Ziel.

Mit solch massgeschneiderten Lösungen machen Sie die Stadt Zürich doch einfach noch attraktiver für Sozialfälle. Sie selbst haben diese Entwicklung ja auch schon beklagt.

Wir sprechen hier von Menschen, die zum Teil seit Platzspitz-Zeiten in Zürich leben, nicht von Neuankömmlingen. Zudem hat Zürich nicht mehr die gleiche Anziehungskraft. Die Agglomerationsgemeinden sind heute viel stärker von den sozialen Problemen betroffen als früher. Das hat natürlich viel mit den Mietpreisen zu tun. In anderen Grossstädten ist das nicht anders.

Zürich hat dennoch eine hohe Sozialhilfequote.

Ja, sie ist überdurchschnittlich. So wie es in Städten häufig der Fall ist. Aber es gibt keine Sogwirkung. In den letzten Jahren ist die Quote stabil geblieben.

Gegen den Eigentümer der drei Liegenschaften im Langstrassenquartier läuft ein Strafverfahren wegen des Verdachts auf Mietzinswucher. Darf die Stadt mit so jemandem überhaupt verhandeln?

Wir machen einen Hauskauf nicht vom Leumund des Eigentümers abhängig. Entscheidend ist, dass wir die Situation in den Häusern verbessern. Dafür muss uns der Vorbesitzer nicht genehm sein.

Man hört, die Verhandlungen seien schwierig gewesen.

Dazu kann ich nichts sagen. Ich war nicht direkt in die Verhandlungen involviert, sondern die Liegenschaftenverwaltung.

Ist es denn wirklich Aufgabe des Staates, Problemliegenschaften aufzukaufen?

Das ist einerseits eine grundsätzliche Frage: Die Stadt ist ein wichtiger Player auf dem Wohnungsmarkt. Das ist auch gut so. Andererseits ist im konkreten Fall klar: Mit einem Kauf können wir sicherstellen, dass sich die Situation vor Ort verbessert. Bei Privaten hätten wir diese Garantie nicht.

Sie wollen den Kauf für dringlich erklären und damit das Parlament umgehen. Das ist demokratiepolitisch fragwürdig.

Wenn eine Gegenpartei rasch verkaufen will, so ist das ein Grund für Dringlichkeit. Es wäre auch nicht die erste Liegenschaft, die wir mittels Dringlichkeitserklärung erwerben. Der Kauf ist aber noch nicht in trockenen Tüchern.

Die Stadt hat aber ein Problem: Die Häuser an der Neufrankengasse müssen wegen der Baulinie für das Tram 1 abgerissen werden. Ergibt da ein Kauf für einen Millionenbetrag überhaupt Sinn?

Ich bin definitiv nicht der Experte in dieser Frage. Aber wenn das Tram kommt, sind wir gegenüber privaten Eigentümern so oder so entschädigungspflichtig. Bis dahin werden noch etliche Jahre vergehen.

Nochmals: Ist der Kauf sinnvoll?

Ob sich ein Kauf rechnet, wird intern selbstverständlich angeschaut. Wir werden an der Neufrankengasse auch keine Luxussanierung machen, sondern die Häuser in einen gebrauchsfähigen Zustand überführen.

Können Sie die Kosten beziffern?

Nein, zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Wenn eine der Liegenschaften für unsere Pläne geeignet ist, so wird sie das Sozialdepartement übernehmen.

Die Häuser im Langstrassenquartier sind nicht die einzigen Problemliegenschaften in Zürich. Sie sprachen einmal von zehn weiteren Fällen. Wollen Sie diese Häuser auch kaufen?

Es wurden uns sehr viele Adressen gemeldet, die angeblich in einem ähnlich desolaten Zustand sind. Wir haben daraufhin einige dieser Liegenschaften angeschaut. In den meisten Fällen mussten wir nicht weiter intervenieren.

Eine Strafanzeige wegen Mietzinswuchers fassten Sie nie ins Auge?

Solche Strafanzeigen sind erst als letzte Eskalationsstufe ein Thema. Das zeigt auch das laufende Verfahren. Wir sind zwar gespannt auf das Resultat. Doch Strafuntersuchungen sind langwierig. Wirksamer ist die mietrechtliche Unterstützung: Wir zahlen für Menschen in der Sozialhilfe den Anwalt, wenn die Mieter bereit sind, selbst gegen die Eigentümer vorzugehen. Das hat einen grösseren Effekt als ein Strafverfahren mit unbekanntem Ausgang. Und es zeigt schneller Wirkung.

Das Problem sind vor allem die hohen Mieten für winzige Unterkünfte.

Hohe Mieten sind in der Stadt Zürich keine Exklusivität des Mittelstands. Sie sind auch dort hoch, wo die Leute am wenigsten Geld zur Verfügung haben. Wir müssen dann intervenieren, wenn es ein Problem mit der Qualität gibt.

Wie wollen Sie gegen skrupellose Vermieter vorgehen?

Wir haben ein Verfahren dafür festgelegt. Wir suchen zunächst das Gespräch mit dem Vermieter. Bei den Problemliegenschaften haben wir das sehr intensiv gemacht. Wenn das nicht funktioniert, gibt es andere Instrumente. Wir machen beispielsweise koordinierte Kontrollen mit Spezialisten des Gesundheitsschutzes, der Feuerpolizei und anderen Fachleuten.

Haben Sie Letzteres auch tatsächlich gemacht?

Ja, insgesamt haben wir bei fünf Liegenschaften koordinierte Kontrollen durchgeführt.

Es gibt also bloss fünf problematische Liegenschaften?

Wir haben 46 Häuser auf unserer Liste. Die fünf erwähnten Liegenschaften sind am meisten herausgestochen. Die Situation der drei Gebäude im Kreis 4 ist aber schon sehr speziell. Derart krasse Verhältnisse wie dort haben wir sonst nirgends angetroffen. Damit es nicht so weit kommt wie an der Neufrankengasse und der Magnusstrasse, setzen wir bereits vorher Druck auf.

Bringt das überhaupt etwas?

Das kann man nie abschliessend sagen. Doch mit einer gewissen Aufsässigkeit lässt sich einiges verbessern. Das heisst aber nicht, dass die Wohnsituation danach ein Traum ist. Es kippt nicht einfach von Gruselhäusern zu «Schöner wohnen».

Haben Sie erst nach der Razzia im Herbst 2015 auf diese unhaltbaren Zustände reagiert?

Nein, wir haben bereits früher eingegriffen. In der Presse wurde schon vorher von Gammelhäusern berichtet. Diese waren nicht im Kreis 4. Da haben wir begonnen, genauer hinzuschauen. Wir haben gelernt: Die eine Problemliegenschaft gibt es nicht. Es herrscht ein grosses Gefälle.

Das heisst?

Wir gehen manchmal in Wohnungen, die zwar nicht gerade ein Schmuckstück sind. Dennoch stellen sie kein Problem dar. An anderen Orten hingegen stimmen Qualität und Preis bei weitem nicht überein.

Aufseiten der angesprochenen Vermieter heisst es immer: Die Mieter, die wir aufnehmen, will sonst keiner. Wir drücken ein Auge zu, verlangen dafür aber einen Risikoaufschlag.

Ich kann das zum Teil nachvollziehen. Es gibt Situationen, in denen ein gewisser Aufschlag gerechtfertigt ist. Weil man genauer hinschauen muss, weil das Treppenhaus mehr zu tun gibt, weil man besser auf den Mix schauen muss. Ein Problem ist es erst dann, wenn die Verhältnisse unkontrollierbar werden oder die Qualität nicht tolerierbar ist.

Abschlussfrage: Eine Volksinitiative will die Zürcher Exekutive verkleinern. Sie fordert künftig sieben statt wie heute neun Stadträte. Ist das ein Thema im Stadtrat?

Wir sind Politiker. Wir sprechen über jedes Thema, das in den Schlagzeilen landet.

Haben Sie keine Angst, dass das Soziale mit dem Polizeidepartement zusammengelegt wird, wie es etwa beim Kanton der Fall ist, und Richard Wolff plötzlich Ihren Posten übernimmt?

Ich mache mir darüber derzeit keine Gedanken. Aber vielleicht hat Kollege Wolff ja Angst, dass ich plötzlich seinen übernehme.

Gammelhäuser sind auch Abbruchhäuser

ak. Die beiden Häuser an der Neufrankengasse, die schon bald im Besitz der Stadt sind, werden nicht mehr allzu lang stehen bleiben. In etwa fünfzehn Jahren, wenn die geplante Tramlinie 1 durch diesen Strassenzug gebaut wird, müssen sie Platz machen für eine rund dreissig Meter breite Strasse, auf der Tram, Fussgänger und Velos eigene Spuren bekommen. Im Jahr 2008 war über die Baulinie abgestimmt worden, mit der man den Raum für die Strasse sichern will, der schliesslich rund zwanzig Häuser werden weichen müssen. Das Quartier wehrte sich gegen die «Verkehrsschneise» mit einem Plakat, auf dem ein riesiger Abbruchbagger in Hai-Form unter anderem auch die beiden Häuser Neufrankengasse 6 und 14 ins Wanken bringt. Der Kreis 4 lehnte die Vorlage ab, gesamtstädtisch erreichte sie aber 62 Prozent Ja.

Wenn eine Baulinie durch ein Haus verläuft, verliert dieses an Wert. Es kann zwar noch saniert, nicht aber neu gebaut werden. Welchen Einfluss eine Baulinie auf den Kaufpreis hat, will das Finanzdepartement nicht sagen. Er könne keine Aussage dazu machen, sagt dessen Sprecher Patrick Pons. Immerhin macht er noch darauf aufmerksam, dass eine Sanierung, wie sie jetzt im Gespräch sei, ja nicht ausgeschlossen werde durch die Baulinie durch die Häuser.